

Allgemeine Reparaturbedingungen
der KBR Kompensationsanlagenbau GmbH zur Verwendung
im Geschäftsverkehr gegenüber Unternehmen
Stand Januar 2017

Artikel I. Allgemeine Bestimmungen

1. Diese Allg. Reparaturbedingungen gelten für sämtliche Reparaturmaßnahmen, die vom Auftragnehmer oder von einem vom Auftragnehmer hierfür beauftragten Erfüllungsgehilfen durchgeführt werden, auch wenn es sich um Ansprüche aus Garantie- und/oder Mangelhaftung aus vorangegangenem Kauf des Reparaturgegenstandes handelt.

Soweit der Auftraggeber Ansprüche aus Gewährleistung und/oder Garantie gegenüber dem Auftragnehmer geltend macht und diese dem Reparaturauftrag zugrunde liegen sollen, hat dies der Auftraggeber bei Auftragserteilung deutlich kenntlich zu machen und den Auftragnehmer hierauf hinzuweisen. Ein Ausschluss von Gewährleistungs- und/oder Garantieansprüchen ist hiermit jedoch nicht verbunden. Der Auftraggeber hat hierzu den Auftragnehmer vor Auftragserteilung das Bestehen eines Kaufvertrages und/oder Garantievertrages auf Verlangen nachzuweisen, z. B. durch Vorlage des Kaufbeleges und/oder einer Garantiekunde, die sich auf den Reparaturgegenstand bezieht.

2. Diese Reparaturbedingungen gelten ausschließlich; entgegenstehende oder von diesen Reparaturbedingungen abweichende Bedingungen des Auftraggebers werden nicht anerkannt, es sei denn, der Auftragnehmer hätte ausdrücklich schriftlich ihrer Geltung zugestimmt. Diese Reparaturbedingungen gelten auch dann, wenn der Auftragnehmer in Kenntnis entgegenstehender oder abweichender Bedingungen des Auftraggebers die Reparatur vorbehaltlos ausführt.

3. Der Auftraggeber ist verpflichtet, die vom Auftragnehmer herausgegebenen Produkt-Instruktionen sorgfältig zu beachten und an seine Abnehmer auch im Falle der Verbindung, Vermischung, Vermengung und Verarbeitung mit besonderem Hinweis weiterzuleiten.

4. Der Auftraggeber ist verpflichtet, mit seinen Abnehmern von Produkten des Auftragnehmers eine Artikel I. 3. entsprechende Regelung zu vereinbaren.

5. Kommt der Auftraggeber seinen Verpflichtungen gem. Artikel I. 3. und 4. nicht nach und werden hierdurch Produkthaftungsansprüche gegen den Auftragnehmer ausgelöst, stellt der Auftraggeber den Auftragnehmer im Innenverhältnis von den Ansprüchen frei; sind vom Auftragnehmer zu vertretende Umstände mitursächlich geworden, erfolgt die Freistellung nach den Verursachungsanteilen.

6. Der Auftraggeber ist verpflichtet, die Produkte des Auftragnehmers und deren praktische Verwendung zu beobachten. Dies gilt auch nach der Weiterverarbeitung, sei es in unverarbeiteter, verarbeiteter, verbundener, vermischter oder vermengter Form. Die Produktbeobachtungspflicht bezieht sich insbesondere auf noch unbekannte schädliche Eigenschaften des Produktes oder eine Gefahrenlage schaffende Verwendungen und Verwendungsfolgen. Der Auftragnehmer ist auf gewonnene Erkenntnisse unverzüglich hinzuweisen.

Artikel II. Auftragserteilung

1. Reparaturangebote sind bis zur Annahme freibleibend.

2. Ist die Bestellung einer Reparatur als Angebot des Auftraggebers gem. § 145 BGB zu qualifizieren, so kann der Auftragnehmer dieses innerhalb von 2 Wochen annehmen. Die Annahme kann entweder schriftlich oder durch Vornahme der Reparatur erklärt werden.

3. Der Vertragsschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der richtigen und rechtzeitigen Selbstbelieferung durch die ZuAuftragnehmer des Auftragnehmers. Dies gilt nur für den Fall, dass die Nichtlieferung nicht durch den Auftragnehmer zu vertreten ist, insbesondere bei Abschluss eines kongruenten Deckungsgeschäfts mit dem ZuAuftragnehmer. Der Auftraggeber wird über die Nichtverfügbarkeit der Leistung unverzüglich informiert und die Gegenleistung unverzüglich zurückerstattet.

Artikel III. Auftragsannahme, Preise und Zahlungsbedingungen, erweitertes Pfandrecht

1. Auftraggeber und Auftragnehmer sind sich darüber einig, dass sämtliche Reparaturmaßnahmen grundsätzlich entgeltlich erfolgen, es sei denn, dass die Reparaturmaßnahmen in Erfüllung von Gewährleistungs- und/oder Garantieansprüchen erfolgen.

2. Der Auftragnehmer behält sich vor, den Auftrag erst nach Prüfung der Bonität des Auftraggebers anzunehmen. Sollten hier Negativmerkmale vorliegen, so schlägt der Auftragnehmer neue Zahlungsbedingungen vor. Erst mit der schriftlichen Auftragsbestätigung des Auftragnehmers wird mit der Annahme des Auftrages Einverständnis erklärt.

3. Sofern sich aus der Auftragsbestätigung nichts anderes ergibt, gelten Preise „ab Werk“.

4. Ist nicht etwas anderes vereinbart, so trägt der Auftraggeber neben der vereinbarten Vergütung alle erforderlichen Nebenkosten, insbesondere Reisekosten, Kosten für den Transport des Handwerkszeugs und des persönlichen Gepäcks sowie Auslösungen.

Soweit die Reparaturmaßnahmen nicht aufgrund Gewährleistungs- und/oder Garantieansprüchen erfolgen, trägt der Auftraggeber zudem sämtliche etwaigen Transport- u. Verpackungskosten zum Auftragnehmer und zur Abholung des Reparaturgegenstandes, ebenso wie notwendige Verbringungskosten zur Durchführung der Reparaturmaßnahmen bei Subunternehmern.

5. Der Abzug von Skonto bedarf besonderer schriftlicher Vereinbarung.

6. Sofern sich aus der Auftragsbestätigung nichts anderes ergibt, ist der Reparaturpreis netto (ohne Abzug) innerhalb von 14 Tagen ab Rechnungsdatum zur Zahlung fällig. Es gelten die gesetzlichen Regeln betreffend Zahlungsverzug.

7. Der Auftragnehmer ist berechtigt, angemessene Vorschüsse zu verlangen.

**Allgemeine Reparaturbedingungen
der KBR Kompensationsanlagenbau GmbH zur Verwendung
im Geschäftsverkehr gegenüber Unternehmen
Stand Januar 2017**

8. Aufrechnungsrechte stehen dem Auftraggeber nur zu, wenn seine Gegenansprüche rechtskräftig festgestellt, unbestritten oder vom Auftragnehmer anerkannt sind. Außerdem ist er zur Ausübung eines Zurückbehaltungsrechts nur insoweit befugt, als sein Gegenanspruch auf dem gleichen Vertragsverhältnis beruht.

9. Dem Auftragnehmer steht wegen der Forderung aus dem Auftrag ein vertragliches Pfandrecht an den aufgrund des Auftrags in seinen Besitz gelangten Gegenständen zu. Das vertragliche Pfandrecht kann auch wegen Forderungen aus früher durchgeführten Arbeiten, Ersatzteillieferungen und sonstigen Leistungen geltend gemacht werden, soweit sie mit dem Auftragsgegenstand im Zusammenhang stehen. Für sonstige Ansprüche aus der Geschäftsverbindung gilt das vertragliche Pfandrecht nur, soweit diese unbestritten sind oder ein rechtskräftiger Titel vorliegt und der Auftragsgegenstand dem Auftraggeber gehört.

Artikel IV. Umfang der Reparatur

1. Der Auftraggeber soll zur Fehlerbeschreibung das ihm zur Verfügung gestellte RMA-Formular des Auftragnehmers benutzen. Liegt keine ausreichende Fehlerbeschreibung vor, ist der Auftragnehmer dazu berechtigt, alle notwendigen Arbeiten zur Fehlerfeststellung und Behebung durchzuführen.

Bei Reparaturmaßnahmen, die nicht aufgrund von Gewährleistungs- und/oder Garantieansprüchen durchgeführt werden, wird der Auftragnehmer eine Reparatur nicht durchführen, wenn die Reparaturkosten in keinem Verhältnis zum Wert des zu reparierenden Gegenstandes stehen. Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber hierüber informieren. Diese Information kann telefonisch erfolgen. Die bis zur und durch die Feststellung der Unwirtschaftlichkeit beim Auftragnehmer entstandenen Kosten kann der Auftragnehmer dem Auftraggeber uneingeschränkt in Rechnung stellen.

2. Sämtliche Termine, die der Auftragnehmer für die Durchführung der Reparatur bekannt gibt, sind unverbindlich, soweit nicht abweichend ausdrücklich etwas anderes vereinbart ist. Die tatsächliche Reparaturdauer bestimmt sich alleine nach dem tatsächlich notwendigen Reparaturaufwand unter Berücksichtigung interner Bearbeitungszeiten, Transportzeiten, Reaktionszeiten etc.

Der Auftragnehmer ist berechtigt, zur Durchführung des Reparaturauftrages einen Subunternehmer einzuschalten und diesem den Reparaturgegenstand auszuhändigen.

3. Soweit die Reparaturmaßnahmen nicht aufgrund Gewährleistungs- und/oder Garantieansprüchen erfolgen, erfolgt jeder Transport des Reparaturgegenstandes ausschließlich auf Gefahr des Auftraggebers.

4. Soweit die Reparaturmaßnahmen nicht aufgrund von Gewährleistungs- und/oder Garantieansprüchen

erfolgen, ist der Auftraggeber dazu verpflichtet, den Reparaturgegenstand spätestens nach 3 Wochen ab Bekanntgabe der Fertigstellung der Reparatur durch den Auftragnehmer beim Auftragnehmer abzuholen, soweit nicht vereinbart ist, dass der Auftragnehmer den Reparaturgegenstand auf Kosten des Auftraggebers an den Auftraggeber versendet. Der Auftragnehmer ist dazu berechtigt, dem Auftraggeber schon mit der Mitteilung der Fertigstellung der Reparatur eine auch kürzere Frist zur Abholung zu setzen. Nach Ablauf dieser Frist befindet sich der Auftraggeber in Annahmeverzug, sofern er die Nichteinhaltung zu vertreten hat. Die Mitteilung der Fertigstellung der Reparatur kann auch telefonisch erfolgen. Mit Annahmeverzug kann der Auftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber sämtliche entstandenen Verzugschäden, insbesondere Stand- und Lagerkosten geltend machen. Der Auftragnehmer ist nicht mehr dazu verpflichtet, den Reparaturgegenstand weiter aufzuheben, sobald die entstandenen Stand- oder Lagerkosten den Wert des Reparaturgegenstandes übersteigen und dies dem Auftraggeber vorher mitgeteilt wurde.

Die Aushändigung des Reparaturgegenstandes erfolgt gegen Vorlage des Reparaturauftrages, der auch gleichzeitig Abholschein ist. Der Auftragnehmer ist nicht dazu verpflichtet, die Identität der Person zu überprüfen, die den Reparaturauftrag als Abholschein bei Abholung dem Auftragnehmer vorlegt.

Artikel V. Kostenvoranschlag

1. Vor Auftragserteilung erstellte Kostenvoranschläge des Auftragnehmers bzw. eines seiner Erfüllungsgehilfen sind unverbindlich, es sei denn, sie sind gesondert als verbindlich bezeichnet.

2. Wünscht der Auftraggeber eine verbindliche Preisangabe, so bedarf es eines schriftlichen, als verbindlich bezeichneten Kostenvoranschlages; in diesem sind die Arbeiten und die zur Herstellung des Werkes erforderlichen Stoffe im einzelnen aufzuführen und mit dem jeweiligen Preis zu versehen.

3. Kostenvoranschläge sind kostenpflichtig.

4. Vorarbeiten wie die Erstellung von Leistungsverzeichnissen, Projektierungsunterlagen, Plänen, Zeichnungen etc., die vom Auftraggeber angefordert werden, sind ebenfalls vergütungspflichtig.

5. Wird aufgrund des Kostenvoranschlags ein Auftrag erteilt, so werden etwaige Kosten für den Kostenvoranschlag und die Kosten etwaiger Vorarbeiten mit der Reparaturrechnung verrechnet.

**Allgemeine Reparaturbedingungen
der KBR Kompensationsanlagenbau GmbH zur Verwendung
im Geschäftsverkehr gegenüber Unternehmen**

Stand Januar 2017

Artikel VI. Sachmängel

Für Sachmängel haftet der Auftragnehmer wie folgt:

1. Alle diejenigen Teile oder Leistungen sind nach Wahl des Auftragnehmers unentgeltlich nachzubessern, neu zu liefern oder neu zu erbringen, die einen Sachmangel aufweisen, sofern dessen Ursache bereits im Zeitpunkt des Gefahrübergangs vorlag.

2. Ansprüche auf Nacherfüllung verjähren in 12 Monaten ab gesetzlichem Verjährungsbeginn; Entsprechendes gilt für Rücktritt und Minderung. Diese Frist gilt nicht, soweit das Gesetz gemäß §§ 438 Abs. 1 Nr. 2 (Bauwerke und Sachen für Bauwerke), 479 Abs. 1 (Rückgriffsanspruch) und 634a Abs. 1 Nr. 2 (Baumängel) BGB längere Fristen vorschreibt, bei Vorsatz, arglistigem Verschweigen des Mangels sowie bei Nichteinhaltung einer Beschaffenheitsgarantie. Die gesetzlichen Regelungen über Ablaufhemmung, Hemmung und Neubeginn der Fristen bleiben unberührt.

3. Mängelrügen des Auftraggebers haben unverzüglich schriftlich zu erfolgen.

4. Bei Mängelrügen dürfen Zahlungen des Auftraggebers in einem Umfang zurückbehalten werden, die in einem angemessenen Verhältnis zu den aufgetretenen Sachmängeln stehen. Der Auftraggeber kann Zahlungen nur zurückbehalten, wenn eine Mängelrüge geltend gemacht wird, über deren Berechtigung kein Zweifel bestehen kann. Ein Zurückbehaltungsrecht des Auftraggebers besteht nicht, wenn seine Mängelansprüche verjährt sind. Erfolgte die Mängelrüge zu Unrecht, ist der Auftragnehmer berechtigt, die ihm entstandenen Aufwendungen vom Auftraggeber ersetzt zu verlangen.

5. Dem Auftragnehmer ist Gelegenheit zur Nacherfüllung innerhalb angemessener Frist zu gewähren. Der Auftragnehmer ist zur Nacherfüllung in Form einer temporären Fehlerkorrektur oder durch Lieferung eines mangelfreien Programms berechtigt. Die Fehlerberichtigung kann auch, je nach Bedeutung des Fehlers, durch Hinweise zur Beseitigung oder zum Umgehen der Auswirkungen des Fehlers erfolgen. Der Auftraggeber ist verpflichtet, eine ihm von uns im Rahmen der Fehlerberichtigung angebotene neue Software-Version zu übernehmen, es sei denn, dies führt für ihn zu unzumutbaren Anpassungs- und Umstellungsproblemen.

6. Schlägt die Nacherfüllung fehl, kann der Auftraggeber - unbeschadet etwaiger Schadenersatzansprüche gemäß Nr. 14 - vom Vertrag zurücktreten oder die Vergütung mindern.

7. Mängelansprüche bestehen nicht bei nur unerheblicher Abweichung von der vereinbarten Beschaffenheit, bei nur unerheblicher Beeinträchtigung der Brauchbarkeit, bei natürlicher Abnutzung oder Schäden, die nach dem Gefahrübergang infolge fehlerhafter oder nachlässiger Behandlung, übermäßiger Beanspruchung, ungeeigneter Betriebsmittel, mangelhafter Bauarbeiten, ungeeigneten Baugrundes oder die aufgrund besonderer äußerer Einflüsse entstehen, die nach dem Vertrag nicht

vorausgesetzt sind, sowie bei nicht reproduzierbaren Softwarefehlern. Werden vom Auftraggeber oder von Dritten unsachgemäß Änderungen oder Instandsetzungsarbeiten vorgenommen, so bestehen für diese und die daraus entstehenden Folgen ebenfalls keine Mängelansprüche.

8. Ansprüche des Auftraggebers wegen der zum Zweck der Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen insbesondere Transport,- Wege,- Arbeits- und Materialkosten, sind ausgeschlossen, soweit die Aufwendungen sich erhöhen, weil der Gegenstand der Lieferung nachträglich an einen anderen Ort als die Niederlassung des Auftraggebers verbracht worden ist, es sei denn, die Verbringung entspricht seinem bestimmungsgemäßen Gebrauch.

9. Rückgriffsansprüche des Auftraggebers gegen den Auftragnehmer gemäß § 478 BGB (Rückgriff des Unternehmers) bestehen nur insoweit, als der Auftraggeber mit seinem Abnehmer keine über die gesetzlichen Mängelansprüche hinausgehenden Vereinbarungen getroffen hat. Für den Umfang des Rückgriffsanspruchs des Auftraggebers gegen den Auftragnehmer gemäß § 478 Abs. 2 BGB gilt ferner Nr.8 entsprechend.

10. Der Auftraggeber ist verpflichtet, die vom Auftragnehmer herausgegebenen Produkt-Instruktionen sorgfältig zu beachten und an seine Abnehmer auch im Falle der Verbindung, Vermischung, Vermengung und Verarbeitung mit besonderem Hinweis weiterzuleiten.

11. Der Auftraggeber ist verpflichtet, mit seinen Abnehmern von Produkten des Auftragnehmers eine Ziffer 10. entsprechende Regelung zu vereinbaren.

12. Kommt der Auftraggeber seinen Verpflichtungen gem. Ziffer 10. und 11. nicht nach und werden hierdurch Produkthaftungsansprüche gegen den Auftragnehmer ausgelöst, stellt der Auftraggeber den Auftragnehmer im Innenverhältnis von den Ansprüchen frei; sind vom Auftragnehmer zu vertretende Umstände mitursächlich geworden, erfolgt die Freistellung nach den Verursachungsanteilen.

13. Der Auftraggeber ist verpflichtet, die Produkte des Auftragnehmers und deren praktische Verwendung zu beobachten. Dies gilt auch nach der Weiterverarbeitung, sei es in unverarbeiteter, verarbeiteter, verbundener, vermischter oder vermengter Form. Die Produktbeobachtungspflicht bezieht sich insbesondere auf noch unbekannte schädliche Eigenschaften des Produktes oder eine Gefahrenlage schaffende Verwendungen und Verwendungsfolgen. Der Auftragnehmer ist auf gewonnene Erkenntnisse unverzüglich hinzuweisen.

14. Schadenersatzansprüche des Auftraggebers wegen eines Sachmangels sind ausgeschlossen. Dies gilt nicht bei arglistigem Verschweigen des Mangels, bei Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit und bei einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung des Auftragnehmers. Eine Änderung der Beweislast zum Nachteil des Auftraggebers ist mit den vorstehenden Regelungen nicht verbunden. Weitergehende oder andere als in diesem Art. VI geregelten Ansprüche

**Allgemeine Reparaturbedingungen
der KBR Kompensationsanlagenbau GmbH zur Verwendung
im Geschäftsverkehr gegenüber Unternehmen
Stand Januar 2017**

des Auftraggebers wegen eines Sachmangels sind ausgeschlossen.

Artikel VII. Gewerbliche Schutzrechte und Urheberrechte, Rechtsmängel

1. Sofern nicht anders vereinbart, ist der Auftragnehmer verpflichtet, die Lieferung lediglich im Land des Lieferorts frei von gewerblichen Schutzrechten und Urheberrechten Dritter (im Folgenden: Schutzrechte) zu erbringen. Sofern ein Dritter wegen der Verletzung von Schutzrechten durch vom Auftragnehmer erbrachte, vertragsgemäß genutzte Lieferungen gegen den Auftraggeber berechnete Ansprüche erhebt, haftet der Auftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber innerhalb der in Art. VI Nr. 2 bestimmten Frist wie folgt:

a) Der Auftragnehmer wird nach seiner Wahl auf seine Kosten für die betreffenden Lieferungen entweder ein Nutzungsrecht erwirken, sie so ändern, dass das Schutzrecht nicht verletzt wird, oder austauschen. Ist dies dem Auftragnehmer nicht zu angemessenen Bedingungen möglich, stehen dem Auftraggeber die gesetzlichen Rücktritts- oder Minderungsrechte zu.

b) Die Pflicht des Auftragnehmers zur Leistung von Schadensersatz richtet sich nach Art. IX.

c) Die vorstehend genannten Verpflichtungen des Auftragnehmers bestehen nur, soweit der Auftraggeber den Auftragnehmer über die vom Dritten geltend gemachten Ansprüche unverzüglich schriftlich verständigt, eine Verletzung nicht anerkennt und dem Auftragnehmer alle Abwehrmaßnahmen und Vergleichsverhandlungen vorbehalten bleiben. Stellt der Auftraggeber die Nutzung der Lieferung aus Schadensminderungs- oder sonstigen wichtigen Gründen ein, ist er verpflichtet, den Dritten darauf hinzuweisen, dass mit der Nutzungseinstellung kein Anerkenntnis einer Schutzrechtsverletzung verbunden ist.

2. Ansprüche des Auftraggebers sind ausgeschlossen, soweit er die Schutzrechtsverletzung zu vertreten hat.

3. Ansprüche des Auftraggebers sind ferner ausgeschlossen, soweit die Schutzrechtsverletzung durch spezielle Vorgaben des Auftraggebers, durch eine vom Auftragnehmer nicht voraussehbare Anwendung oder dadurch verursacht wird, dass die Lieferung vom Auftraggeber verändert oder zusammen mit nicht vom Auftragnehmer gelieferten Produkten eingesetzt wird.

4. Im Falle von Schutzrechtsverletzungen gelten für die in Nr. 1a) geregelten Ansprüche des Auftraggebers im Übrigen die Bestimmungen der Art. VI Nr. 4, 5 und 9 entsprechend.

5. Bei Vorliegen sonstiger Rechtsmängel gelten die Bestimmungen der Art. VI entsprechend.

6. Weitergehende oder andere als die in diesem Art. VII. geregelten Ansprüche des Auftraggebers gegen den Auftragnehmer und dessen Erfüllungsgehilfen wegen

eines Rechtsmangels sind ausgeschlossen.

Artikel VIII. Unmöglichkeit, Vertragsanpassung

1. Soweit die Lieferung unmöglich ist, ist der Auftraggeber berechtigt, Schadensersatz zu verlangen, es sei denn, dass der Auftragnehmer die Unmöglichkeit nicht zu vertreten hat. Jedoch beschränkt sich der Schadensersatzanspruch des Auftraggebers auf 10% des Wertes desjenigen Teils der Lieferung, der wegen der Unmöglichkeit nicht zweckdienlich verwendet werden kann. Diese Beschränkung gilt nicht, soweit in Fällen des Vorsatzes, der groben Fahrlässigkeit oder wegen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit gehaftet wird; eine Änderung der Beweislast zum Nachteil des Auftraggebers ist hiermit nicht verbunden. Das Recht des Auftraggebers zum Rücktritt vom Vertrag bleibt unberührt.

2. Sofern höhere Gewalt, z.B. Mobilmachung, Krieg, Terrorakte, Aufruhr, oder ähnliche Ereignisse (z.B. Streik, Aussperrung), Virus- und sonstige Angriffe Dritter auf das IT-System des Auftragnehmers, soweit diese trotz Einhaltung der bei Schutzmaßnahmen üblichen Sorgfalt erfolgen, Hindernisse aufgrund von deutschen, US-amerikanischen sowie sonstigen anwendbaren nationalen, EU- oder internationalen Vorschriften des Außenwirtschaftsrechts oder aufgrund sonstiger Umstände, die vom Auftragnehmer nicht zu vertreten sind oder nicht rechtzeitige oder ordnungsgemäße Belieferung des Auftragnehmers die wirtschaftliche Bedeutung oder den Inhalt der Lieferung erheblich verändern oder auf den Betrieb des Auftragnehmers erheblich einwirken, wird der Vertrag unter Beachtung von Treu und Glauben angemessen angepasst. Soweit dies wirtschaftlich nicht vertretbar ist, steht dem Auftragnehmer das Recht zu, vom Vertrag zurückzutreten. Gleiches gilt, wenn erforderliche Ausfuhrgenehmigungen nicht erteilt werden oder nicht nutzbar sind. Will er von diesem Rücktrittsrecht Gebrauch machen, so hat er dies nach Erkenntnis der Tragweite des Ereignisses unverzüglich dem Auftraggeber mitzuteilen und zwar auch dann, wenn zunächst mit dem Auftraggeber eine Verlängerung der Lieferzeit vereinbart war.

Artikel IX. Sonstige Schadensersatzansprüche

1. Soweit nicht anderweitig in diesen Bedingungen geregelt, sind Schadensersatzansprüche des Auftraggebers, gleich aus welchem Rechtsgrund, insbesondere wegen Verletzung von Pflichten aus dem Schuldverhältnis und aus unerlaubter Handlung ausgeschlossen.

2. Dies gilt nicht, soweit wie folgt gehaftet wird:

a) nach dem Produkthaftungsgesetz,

b) bei Vorsatz,

c) bei grober Fahrlässigkeit von Inhabern, gesetzlichen Vertretern oder leitenden Angestellten,

d) bei Arglist,

**Allgemeine Reparaturbedingungen
der KBR Kompensationsanlagenbau GmbH zur Verwendung
im Geschäftsverkehr gegenüber Unternehmen
Stand Januar 2017**

- e) bei Nichteinhaltung einer übernommenen Garantie,
- f) wegen der schuldhaften Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, oder
- g) wegen der schuldhaften Verletzung wesentlicher Vertragspflichten.

Der Schadensersatzanspruch für die Verletzung wesentlicher Vertragspflichten ist jedoch auf dem vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden begrenzt, soweit nicht ein anderer der vorgenannten Fälle vorliegt.

3. Eine Änderung der Beweislast zum Nachteil des Auftraggebers ist mit den vorstehenden Regelungen nicht verbunden.

4. Wir haften nicht für die Wiederbeschaffung von Daten, es sei denn, dass wir deren Vernichtung grob fahrlässig oder vorsätzlich verursacht und der Auftraggeber sichergestellt hat, dass diese Daten aus Datenmaterial, das in maschinenlesbarer Form bereitgehalten wird, mit vertretbarem Aufwand rekonstruiert werden können.

5. Dem Auftraggeber ist bekannt, dass er im Rahmen seiner Obliegenheit zur Schadensminderung eine regelmäßige Sicherung seiner Daten vorzunehmen und im Falle eines vermuteten Softwarefehlers alle zumutbaren zusätzlichen Sicherungsmaßnahmen zu ergreifen hat.

8. Sollte der zu reparierende Gegenstand bei der Reparatur durch den Auftragnehmer beschädigt werden, so ist der Auftragnehmer dazu berechtigt, den Gegenstand auf eigene Kosten wieder herzustellen. Soweit die Wiederherstellung unmöglich oder mit unverhältnismäßig hohen Kosten im Verhältnis zum Wert des Gegenstandes verbunden ist, ist lediglich der Zeitwert zum Zeitpunkt der Auftragserteilung zu ersetzen. Der Auftragnehmer hat das Wahlrecht zwischen Wiederherstellung und Erstattung des Zeitwertes.

9. Der Auftragnehmer übernimmt keine Haftung für Daten, die ihm bei Übergabe des Reparaturgegenstandes mitübergeben wurden. Der Auftraggeber hat in eigener Verantwortung vor Übergabe des Reparaturgegenstandes sämtliche Datensicherungen vorzunehmen. Der Auftragnehmer haftet insoweit nur, wenn ihm Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zur Last fällt.

10. Ersetzte Teile werden Eigentum des Auftragnehmers.

Artikel X. Schlussbestimmungen

1. Sofern der Auftraggeber Kaufmann ist, ist der Geschäftssitz des Auftraggebers Gerichtsstand; er ist jedoch berechtigt, den Auftraggeber auch an dem für ihn zuständigen Gericht zu verklagen.

2. Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

3. Sofern sich aus der Auftragsbestätigung nichts anderes ergibt, ist der Geschäftssitz des Auftragnehmers Erfüllungsort.

4. Soweit ein- oder angebaute Zubehör-, Ersatzteile und Aggregate nicht wesentliche Bestandteile des Auftragsgegenstandes geworden sind, behält sich der Auftragnehmer das Eigentum daran bis zur vollständigen Bezahlung vor.

5. Der Auftragnehmer weist darauf hin, dass er die persönlichen Daten des Auftraggebers speichern und verarbeiten wird. Zur Durchführung der Reparaturmaßnahme wird er diese Daten gegebenenfalls auch an beauftragte Dritte weitergeben.

General Terms and Conditions of Repair of KBR for use in corporate business transactions

- As of January 2017 -

Article I General provisions

1. These General Terms and Conditions of Repair apply to all repairs carried out by the Contractor or by a subcontractor assigned by the Contractor for this purpose, even if the repair claims arise from warranty and/or defects liability relating to a previous purchase of the object to be repaired.

Where the Customer asserts warranty and/or guarantee claims against the Contractor, based on which the Customer intends to make the repair order, the Customer must indicate such intentions clearly when placing said order, and must ensure the Contractor is clearly aware of the situation. Exclusion of warranty and/or guarantee claims is not associated herewith. For this purpose, and upon request, the Contractor shall provide proof of the existence of a purchase contract and/or guarantee contract, e.g. by presenting the purchase receipt and/or a guarantee certificate that relates to the repair object.

2. These General Terms and Conditions of Repair apply exclusively; conflict with or deviation from these General Terms and Conditions of Repair are not recognized unless the Contractor has expressly agreed to them in writing. These Terms and Conditions of Repair also apply if the Contractor unreservedly performs the repair in the knowledge of any Customer's terms and conditions that are contrary to, or deviate from, these current Terms and Conditions of Repair.

3. The Customer must carefully observe the product instructions provided by the Contractor and forward them to its own customers with specific reference, even in cases of connection, mixing, amalgamation and processing.

4. The Customer must include a provision that conforms to the corresponding provisions in Article I.3. in the agreements it makes with the buyers of its products.

5. If the Customer fails to fulfill its obligations described in Article I. 3. and 4., and, as a result of which, product liability claims against the Contractor are triggered, the Customer indemnifies the Contractor from any claims inter se; if the Contractor is responsible for contributory causes to the circumstances, exemption is made according to the proportional causation.

6. The Customer must observe the Contractor's products and their practical use. This also applies after further processing, be that in an unprocessed, processed, combined, mixed or blended form. In particular, this obligation to observe the Contractor's products relates to still unknown harmful properties of the product and/or hazard-creating uses and usage sequences. The Contractor shall be informed immediately about any findings obtained.

Article II. Order placement

1. Offers of repair are subject to approval.

2. If the repair order qualifies as an offer by the Customer that is made in accordance with Section 145 of the BGB (Bürgerliches Gesetzbuch [German Civil Code]), the Contractor can accept said offer within a two-week period. Its acceptance can be made in writing or by carrying out the repair.

3. The contract is concluded subject to the correct and timely supply of goods to the Contractor by its suppliers. This only applies in the event that a non-delivery is not the responsibility of the Contractor, in particular if a congruent cover transaction has been concluded with the supplier. The Customer will be immediately informed about the non-availability of the service and the return will be immediately refunded.

Article III. Order acceptance, pricing and payment conditions, extended lien

1. The Customer and the Contractor agree that all repairs are to be carried out on a paid basis unless the repair work is to be carried out in compliance with warranty and/or guarantee claims.

2. The Contractor reserves the right to accept orders only after checking the Customer's creditworthiness. If there are negative indicators, the Contractor will propose new terms of payment. It is only with the Contractor's explicit, written order confirmation that the Contractor agrees to the acceptance of an order.

3. Unless otherwise stated in the order confirmation, „Ex Works“ pricing applies.

4. Unless otherwise agreed, the Customer shall pay all necessary ancillary costs, in particular travel costs, costs for transportation of any tools and personal luggage, and daily allowances, in addition to the agreed remuneration.

Insofar as the repair measures are not carried out on the basis of warranty and/or guarantee claims, the Customer also bears all costs relating to the packaging and transportation to the Contractor, as well as all costs relating to the collection of the repair object, and any costs that are necessary for the subcontractor to perform the repair work.

5. Any deduction of a discount requires explicit special agreement in writing.

6. Unless otherwise stated in the order confirmation, net (without deduction) remuneration for the repair must be paid within 14 days of the date of the invoice. Statutory regulations apply with regard to late payment.

7. The Contractor is entitled to demand appropriate advances.

General Terms and Conditions of Repair of KBR for use in corporate business transactions

- As of January 2017 -

8. The Customer is only entitled to offset rights if its counterclaims have been legally established, are undisputed or have been recognized by the Contractor. In addition, the Customer is only entitled to exercise a right of retention to the extent that its counterclaim is based on the same contractual relationship.

9. Based on the claim arising from the order, the Contractor is entitled to a contractual right of lien on the objects acquired through the order. Contractual right of lien can also be claimed based on claims from earlier work, replacement deliveries and other services, insofar as they relate to the object of the contract. For any other claims arising from the business relationship, the contractual right of lien is only valid insofar as it is undisputed, or a legally binding title exists and the object of the contract belongs to the Customer.

Article IV. Scope of repair

1. When describing the error, the Customer must use the return merchandise authorization (RMA) form made available to it by the Contractor. In the absence of an adequate fault description, the Contractor is entitled to carry out any and all necessary work to detect and rectify said fault.

In the case of repair work that is not carried out on the basis of warranty and/or guarantee claims, the Contractor will not perform any repairs if the repair costs are disproportionate to the value of the object to be repaired. In such cases, the Contractor will inform the Customer of the situation. Such information can be provided by telephone. The costs incurred by the Contractor up to and through the determination of the uneconomic nature of the repair can be unreservedly invoiced to the Customer by the Contractor.

2. Except where otherwise expressly agreed upon, all time periods communicated for the performance of repairs by the Contractor are non-binding. The actual repair time is determined solely by the actual and necessary repair effort, taking into account internal processing times, transportation times, reaction times, etc. The Contractor is also entitled to involve a subcontractor to perform the repair order and hand over the repair object to such a subcontractor.

3. Insofar as the repair measures are not carried out on the basis of warranty and/or guarantee claims, all transportation of the repair object takes place exclusively at the risk of the Customer.

4. Insofar as the repair measures are not carried out on the basis of warranty and/or guarantee claims, and unless it is agreed that the Contractor will send the repair object to the Customer at the expense of the Customer, the Customer must collect the repair object from the Contractor at the latest three weeks after the date of the notification of the completion of the repair. With the notification of the completion of the repair, the Contractor is entitled to

set a shorter deadline for the Customer's pickup of the repair object. After expiry of this period, and as long as the customer is responsible for the non-compliance, the customer is in default of acceptance. Notification of the completion of the repair can also be communicated by telephone. With default of acceptance, the Contractor is entitled to make claims against the Customer for all damages resulting therefrom, in particular standing and storage costs. The Contractor is free from the obligation of storing the repair object as soon as the resulting standing or storage costs exceed the value of the repair object and the Customer has been informed thereof in advance.

The repair object is handed over upon presentation of the repair order, which simultaneously acts as the pickup receipt. The Contractor is under no obligation to verify the identity of the person who presents the repair order to the Contractor as a pickup receipt.

Article V. Price quotation

1. Unless they are separately referred to as binding, before the order is submitted, any price quotations of the Contractor or its vicarious agents are non-binding.

2. If the Customer wishes a binding quotation, a written price quotation that clearly states that it is binding is required and in which the work and the materials required for the repair are to be listed in detail and labeled with their respective price.

3. Price quotations are subject to a charge.

4. Any preparatory work requested by the Customer, such as service specifications, project documentation, plans, drawings, etc., are also subject to charge.

5. If an order is placed on the basis of the price quotation, any costs for the price quotation and/or any preparatory work will be charged along with the repair invoice.

Article VI. Material defects

The Contractor is liable for material defects as follows:

1. All parts or services that present a defect must, at the Contractor's discretion, be repaired, replaced or provided again free of charge, provided that the cause of the material defect cause already existed at the time of the transfer of risk.

2. Claims for rectification expire 12 months from the statutory commencement of the limitation period; the same applies for withdrawal and reduction. This deadline does not apply where the law stipulates longer deadlines in accordance with Sections 438 para. 1 no. 2 (buildings and objects for buildings), 479 para. 1 (recourse claims) and 634a para. 1 no. 2 (construction defects) of the BGB (Bürgerliches Gesetzbuch [German Civil Code]) based on intent, fraudulent concealment of the defect, and/or non-compliance with a quality guarantee. The statutory provisions concerning tolling of the statute of limitations,

General Terms and Conditions of Repair of KBR for use in corporate business transactions

- As of January 2017 -

extension of the limitation period and recommencement of the limitation period remain unaffected.

3. Notification of any defects by the Customer must be made immediately in writing.

4. In the event of a complaint, payments by the Customer may be withheld to an extent that is proportionate to the material defects. The Customer may only withhold payments if a complaint is lodged that cannot be called into question. The Customer's right of retention does not stand if its right to make claims based on defects has expired. If the complaint is unjustified, the Contractor is entitled to demand its incurred expenses from the Customer.

5. The Contractor must be given the opportunity to resolve the defect within a reasonable period. The Contractor is entitled to rectify the defect by temporarily correcting it or by supplying an error-free program. Depending on the significance of the defect, its correction can also take place through instruction for eliminating or circumventing its effects. As part of correcting the defect, the Customer must accept any new version of the software provided by the Contractor, unless this leads to unacceptable adaptation and conversion problems for the Customer.

6. If defect rectification measures fail, the Customer can, without prejudice to any claims for damages in accordance with no. 14, withdraw from the contract or reduce its remuneration.

7. There will be no claims for defects in the case of minor deviations from the agreed-upon characteristics, in the case of insignificant impairment of usability, in the case of natural wear and tear or damage resulting from the passing of risk due to faulty or negligent treatment, excessive use, unsuitable operating materials, defective construction, unsuitable foundation, or due to special external influences that are not provided for under the contract, as well as for non-reproducible software errors. Any improper modifications or repair work carried out by the Customer or by third parties and any defects resulting therefrom are also excluded from any claims for defects.

8. Any claims arising out of expenses required for defect rectification, in particular transport, displacement, labor and material costs are excluded if the expenses increase because the object of delivery has retrospectively been transported to a location other than the place of business of the Customer, unless such a transfer corresponds with its intended use.

9. The Customer's recourse claims against the Contractor in accordance with Section 478 BGB (recourse of the entrepreneur) exist only insofar as the Customer has not concluded any agreements with its own customer that exceed the statutory claims for defects. In addition, for the extent of the Customer's recourse claim against the Contractor, Section 478 para. 2 BGB, no. 8 applies accordingly.

10. The Customer must carefully observe the product instructions provided by the Contractor and forward them

to its own customers with specific reference, even in cases of connection, mixing, amalgamation and processing.

11. The Customer must include a provision that corresponds to the obligation described in no. 10 in the agreement it concludes with its own customers who purchase the products of the Contractor.

12. If the Customer fails to fulfill its obligations in accordance with nos. 10 and 11, and product claims against the Contractor are triggered as a result, the Customer indemnifies the Contractor from any claims inter se; if the Contractor is responsible for contributory causes to the circumstances, exemption is made according to the proportional causation.

13. The Customer must observe the Contractor's products and their practical use. This also applies after further processing, be that in an unprocessed, processed, combined, mixed or blended form. In particular, this obligation to observe the Contractor's products relates to still unknown harmful properties of the product and/or hazard-creating uses and usage sequences. The Contractor must be informed immediately about any findings obtained.

14. Damage claims by the Customer due to material defects are excluded. This does not apply in the case of malicious concealment of the defect, in the case of injury to life, body or health and/or in the case of intentional or grossly negligent breach of duty on the part of the Contractor. The above provisions do not change the burden of proof to the disadvantage of the Customer. Any further claims or claims other than those stipulated in Art. VI made by the Customer due to a material defect are excluded.

Article VII. Industrial property rights and copyrights, defects of title

1. Unless otherwise agreed, the Contractor is only under the obligation of supplying the goods free of industrial property rights and third-party copyrights (hereinafter „Property Rights“) in the country of the place of delivery. If a third party lodges legitimate claims for damages against the Customer due to the infringement of Property Rights by deliveries made by the Contractor and used in accordance with the contract, the Contractor is liable to the Customer within the time limit specified in Art. VI no. 2 as follows:

a) The Contractor will, by its own choice and at its own cost, either obtain a right of use for the deliveries in question, modify it in such a way that the Property Right is not infringed, or exchange it. If this is not possible for the Contractor on reasonable terms, the Customer is entitled to the statutory right of withdrawal or reduction.

b) The Contractor's obligation to pay compensation is governed by Art. IX.

c) The aforementioned obligations of the Contractor exist only where the Customer immediately informs the

General Terms and Conditions of Repair of KBR for use in corporate business transactions

- As of January 2017 -

Contractor in writing of the claims asserted by the third party, does not recognize any infringement, and where the Contractor reserves all defensive actions and conciliation negotiations. If the Customer discontinues use of the delivery for damage reduction or other important reasons, it must inform the third party that its discontinuation does not entail any recognition of a breach of Property Rights.

2. Any claims of the Customer are excluded if it is itself responsible for the Property Right infringement.

3. Claims by the Customer are also excluded, as far as the infringement of the Property Rights is caused by special requirements of the Customer, by an application that is not foreseeable by the Contractor or by the fact that the delivery was altered by the Customer or used together with products not delivered by the Contractor.

4. In the event of Property Right infringements, the rights of the Customer regulated in no. 1a apply, as do the provisions of Art. VI nos. 4, 5 and 9 accordingly.

5. In the case of other defects of title, the provisions of Art. VI apply accordingly.

6. Any further regulated claims, or claims other than those specified in this Art. VII., made by the Customer against the Contractor and its vicarious agents due to a defect of title are excluded.

Article VIII. Impossibility and adaptation of contract

1. Where delivery is impossible, the Customer is entitled to claim compensation unless the Contractor is not responsible for the impossibility. However, the Customer's claim for damages is limited to 10 percent of the value of the part of the delivery that cannot be used as intended because of the impossibility. This limitation does not apply in cases of intent, gross negligence or injury to life, body or health; this does not change the burden of proof to the disadvantage of the Customer. The Customer's right to withdraw from the contract remains unaffected.

2. In the event of force majeure, e.g. mobilization, war, an act of terrorism, riot or similar event (e.g. strike, lockout), virus and other attacks by third parties on the IT system of the Contractor, insofar as such events occur despite the observance of protective measures and due diligence, that obstacles caused by German, US and other applicable national, EU or international regulations of foreign trade law or other circumstances beyond the Contractor's control, or that untimely or improper delivery of the product, or changes to the contents of the delivery, substantially change its economic importance, or have a significant effect on the operation of the Contractor, the contract must be adapted appropriately and with good faith. If this is not economically justifiable, the Contractor is entitled to withdraw from the contract. The same applies if the required export licenses are not granted or are not usable. If the Contractor intends to exercise said right of withdrawal, it must immediately notify the Customer upon discovering the implications of the situation, even if an

extension of the delivery time was initially agreed with the Customer.

Article IX. Other compensation claims

1. Unless otherwise stipulated in these Terms and Conditions, claims for damages by the Customer, irrespective of the legal grounds, are forbidden, in particular because of the violation of obligations arising from the contractual relationship and from tort.

2. This does not apply if liability is:

- a) in accordance with the German Product Liability Act,
- b) in the case of intent,
- c) in the case of gross negligence on the part of the owners, legal representatives or senior executives,
- d) in the case of malice,
- e) in the event of non-compliance with a guarantee,
- f) because of culpable injury to life, body or health, or
- g) due to the culpable infringement of essential contractual obligations.

However, unless one of the other aforementioned cases applies, the claim for compensation for the infringement of essential contractual obligations is limited to the typical, foreseeable damage of the contract.

3. The above provisions do not change the burden of proof to the disadvantage of the Customer.

4. The Contractor is not liable for the recovery of data unless it has caused its destruction grossly, negligently, or intentionally and the Customer has made sure that said data can be reconstructed with reasonable effort from data material that is kept in a machine-readable form.

5. The Customer is aware of the fact that, within the scope of its duty to reduce such losses, it must regularly back up its data and, in the event of a possible software error, take all reasonable additional security measures.

8. If the object to be repaired is damaged during repair by the Contractor, the Contractor is entitled to restore the object at its own expense. Where said restoration is impossible or involves disproportionate costs in relation to the value of the object, only the fair value of the object at the time the order was placed must be replaced. The Contractor has the right to choose between restoring the object and reimbursing its present market value.

9. The Contractor accepts no liability for data that is handed over to it along with the repair object. The Customer is fully responsible for carrying out all data backups before the repair object is handed over. The Contractor is only liable to the extent that intent or gross negligence is attributable to it.

10. Replaced parts become the property of the Contractor.

**General Terms and Conditions of Repair
of KBR for use in corporate business transactions**

- As of January 2017 -

Article X. Final provisions

1. If the Customer is a registered trader, the court of jurisdiction is that of the Contractor's corporate headquarters; however, the Contractor is also entitled to sue the Customer at the competent court.
2. The Law of the Federal Republic of Germany applies.
3. Unless otherwise stated in the order confirmation, the Contractor's corporate headquarters are the place of execution.
4. Insofar as internal or external accessories, spare parts and aggregates have not become essential components of the object of the contract, the Contractor reserves the right to ownership until full payment is received.
5. The Contractor indicates that it will store and process the Customer's personal data. In order to carry out the repair work, the Contractor will also pass on said data to authorized third parties.